

STAATSARCHIV HAMBURG

314 -15 Oberfinanzpräsident
Abl. 1998

M 430

M 430

Machol, Josef + Martha

früher: Berlin

Alleinerbe: Henry Machol, geb. am 28.11.1921

K

M 430

BA, Bl 154

~~10.10~~

333

1.) Nachhol geb. Zimmert, Martha

2.) Nachhol, Henry

(Name, Vorname des Berechtigten)

Aktenzeichen: M 430

Lfd. Nr.	Zweckbestimmung	DM	DM	Name des Feststellers	Bl. der Akte
1	2	3	4	5	6
I. 1	Rückerstattungsanspruch gem. Bescheid v. 13. 11. 1958 nach § 38 BRüG	72.696,-	—		Bl. Nr. 37 d. BeschAkte
2	erg. Bescheid v. 16. 1. 1963 Reg. Nr. 5461-	115,18	—	Jo	Bl. Nr. 102 d. BeschAkte
3	2. erg. Bescheid v. 3. 4. 1964 Reg. Nr. 6267	1.143,13 13.954,31	—	Jo	Bl. Nr. 127 d. BeschAkte
4			—		d. BeschAkte
II.	Gewährte Darlehen, Vorschüsse, Zahlungen gemäß § 32 BRüG:				
1	Darlehen mit Auszahlungsanordnung vom 22. 10. 1953	—	5.000,-	Jo	Bl. Nr. 129 d. D-Akte
2	Darlehen mit Auszahlungsanordnung vom 20. 2. 1957	—	5.000,-	Jo	Bl. Nr. 139 R d. D-Akte
3	Erfüllungszahlung mit Auszahlungsanordnung vom 9. 12. 1958	—	10.000,-	Jo	Bl. Nr. 48 d. BeschAkte
4	Vorschusszahlung mit Auszahlungsanordnung vom 21. 1. 1959	—	16.348,-	Jo	Bl. Nr. 53 d. BeschAkte
5	Erfüllungszahlung mit Auszahlungsanordnung vom 28. 1. 1963	—	57,59	Jo	Bl. Nr. 117 d. B-Akte
6	Erfüllungszahlung mit Auszahlungsanordnung vom 22. 4. 1964	—	571,56	Jo	Bl. Nr. 141 d. B-Akte
7	Erfüllungszahlung mit Auszahlungsanordnung vom 19. 11. 1964	—	28.488,58 65.465,73	Jo	Bl. Nr. 151 d. B-Akte
8	Erfüllungszahlung mit Auszahlungsanordnung vom 8. 2. 1967	—	8.488,58	Jo	Bl. Nr. 157 d. B-Akte

nachz. in I. 5) Zahlung nur an das EA Berlin.

nachz. in I. 6) Aufteilung 524,19 an Henry Nachhol
47,37 an EAmt Berlin Titel 173

M 430

Akten

betreffend:

muschel

Aktenzeichen:

III/2 3660

2 Wik 414/52

Nummerverzeichnis

unzugänglich

Hamburg 36, den 28. Dezember 1951
Sievekingplatz Ziviljustizgeb. (Anbau)
III. Stock, Zim. 837a — Telefon 331731

Hamburg - Finanzbehörde -
Hamburg 36, Finanzmarkt 36

18. JAN. 1952

für

als

den — die Genannte

23 JAN 1952

des — der Genannten

zu handeln, ist bereits nachge-

Hamburg, den

1951

H. Staatspolizei Hbg.

7.13/2.

*unzugänglich
7.13*

immer geäußert haben,

zeichneten 2-Monatsfrist keine solche Erklärung von Ihnen
utmachungsamt die tatsächlichen Behauptungen des Antrag-
und wird dementsprechend möglicherweise die beantragte
be des Ersatzes — anordnen.

fers
ssessor



Beglaubigt:

Justizangestellter

OPB. Hamburg

O 5210 - M 430 - V 115 o

Hamburg, den 1. 6. 1951

Name:

Karl Michael
Karl Michael

f. Wohnort:

Gerlach

Gest.-Liste

Versteigerer:

Gerlach G. 4/2.

Erlös:

19500,45 RM. am 17. 6. 51

Hh. Staatspolizei Hbg.

Gest.-Liste B.:

RM

am

an

Bemerkungen:

Protokoll zum Kgl. G. 13/2.
3 Abschriften beigefügt.
G. 573

beamtet

Auch wenn Sie sich schon früher geäußert haben, so
Erklärung nicht entbehrlich.

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

II/ 3660 -

Aktenzeichen: 2

(Bitte bei allen Eingaben angeben)

Hamburg 36, den 28. Dezember 1951
Sievekingplatz Ziviljustizgeb. (Anbau)
III. Stock, Zim. 837 a - Telefon 351731

An die

Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde -

H a m b u r g 36, Gänsemarkt 36

18. JAN 1952

23. JAN 1952

Nachfolgendes Schreiben ist für

bestimmt. Es wird Ihnen als

zugestellt. Ihre Befugnis für den - die Genannte

wiesen - muß noch nachgewiesen werden.

des - der Genannten
zu handeln, ist bereits nachge-

1. Wegen des von **Martha Machol**, London W. 11, geb. 29.9.82

als Rechtsnachfolger des - der

vertreten durch **RA. Dr. B. Mosheim**, Düsseldorf-Oberkassel,
Achillesstr. 6

geltend gemachten Anspruchs wegen Entziehung des - der folgenden Vermögenswerte
wird das förmliche Rückerstattungsverfahren eröffnet.

4 Lifts Umzugsgut Wert RM 48.464.-

lt. beil. Aufstellung

2. Der Anspruch wird Ihnen bekanntgegeben.

a) weil Sie den - die beanspruchten Vermögenswert besitzen und darüber verfügen
können, so daß Sie als Rückerstattungspflichtiger im Sinne des Art. II REG in Frage
kommen,

b) weil Sie den - die beanspruchten Vermögenswert früher inne gehabt haben und
deshalb gemäß Art. 25 REG möglicherweise verpflichtet sind, eine als Ersatz für den
- die Vermögenswert erlangte Entschädigung herauszugeben oder eine Forderung
darauf abzutreten,

c) weil sie als

durch eine Rückerstattungsanordnung der beantragten Art in Ihren Rechten betroffen
werden könnten,

d) gemäß Art. 53 Abs. 1 Satz 3 REG.

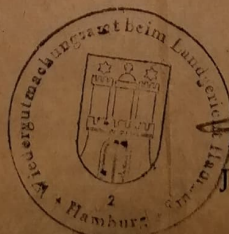
3. Falls Sie der Rückerstattung widersprechen oder ihr nur unter bestimmten Voraus-
setzungen zustimmen wollen, müssen Sie das binnen 2 Monaten nach Zustellung dieses
Schreibens erklären. Eine solche Erklärung wäre in 3 facher Ausfertigung einzureichen.
Auch wenn Sie sich schon früher geäußert haben, so ist die neuerliche Abgabe einer
Erklärung nicht entbehrlich.

Falls innerhalb der vorbezeichneten 2-Monatsfrist keine solche Erklärung von Ihnen
eingeht, kann das Wiedergutmachungsamt die tatsächlichen Behauptungen des Antrag-
stellers als richtig ansehen und wird dementsprechend möglicherweise die beantragte
Rückerstattung - Herausgabe des Ersatzes - anordnen.

gez. **Dr. Löffers**
Gerichtsassessor

Anl.

Beglaubigt:



Justizangestellter



Dr. (juris) B. Mosheim

Rechtsanwalt

16, Elgin Court

Düsseldorf - Oberk.

Elgin Avenue

Achillesstrasse 6

London W. 9

Tel. 52837

Telephone CUN. 8485

1/Gr

London, 10. Dezember 1951.

In der
RückerstattungssacheM a c h o l
(RA Dr. Mosheim)

Deutsches Reich

-III Z 3660-

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht

H a m b u r g 36.

Sievekingplatz 1.

bestelle ich mich auf Grund beiliegender Vollmacht

- 1.) der verw. Ehefrau Martha Machol geb. Zimmt,
wohnhaft: 25, Kensington Park Gardens, London, W.11
- 2.) ihres Sohnes, des Reisenden, Helmut Machol,
jetzt Henry Machol, wohnhaft: 21, Ladbroke Gardens
Flat 1, London, W.11,

zum Prozessbevollmächtigten.

Es handelt sich um folgenden Sachverhalt:

Der Kaufmann Josef M a c h o l, früher Berlin, zuletzt London, der am 18.7.1945 in London verstorben ist und ausweislich des in beglaubigter Abschrift beigelegten gemeinschaftlichen Erbscheins des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg vom 11.10.1950- 7 VI 2086/50- von den vorgenannten Berechtigten beerbt worden ist, besass u.a. 4 Lifts. Die Lifts besaßen die Nummern 1941, 1942, 2104 und 2106.

Sie wurden am 24.4.1939 im Freihafen Hamburg eingelagert. Anliegend wird das Inhaltsverzeichnis der 4 Lifts mit Wertangaben beigelegt.

Dieses Inhaltsverzeichnis kann- sofern das Amt dies verlangt- jederzeit noch durch Aufstellung der einzelnen Gegenstände ergänzt werden.

Es handelt sich um 301 Einzelgegenstände.

Durch Mitteilung der Staatspolizeileitstelle Berlin vom 21.4.1941 (Geschäftszeichen Stapo A 4 C -M 688/41) und gerichtet an das Finanzamt Moabit-West in Berlin C.2, Münzstr. 12, steht fest, dass die vorerwähnten Lifts von ihr der im Zuge der antijüdischen natsoz. Verfolgungsmassnahmen erfasst worden sind.

Aus dieser Mitteilung geht weiterhin hervor, dass die Staatspolizeileitstelle in Hamburg mit der Versteigerung des Umzugsgutes beauftragt worden ist.

B e w e i s :

Die vorerwähnte Mitteilung der Staatspolizeileitstelle in Berlin.

Die Staatspolizeileitstelle in Hamburg hat ihrerseits alsdann die Stadtverwaltung Hamburg veranlasst, bei der

Abschrift von Abschrift.

Inhaltsverzeichnis des Liftvans:

1941, 1942, 2104, 2106
vor dem 24/4/1939 im Freihafen Hamburg eingelagert:

1.	Schlafzimmer	2783
2.	Damenzimmer	5400
3.	Kueche Diele	830
4.	Kueche Kueche mit Geraeten	443
5.	Bad	146
6.	II. Schlafzimmer	1090
7.	Fremdenzimmer	546
8.	Speisezimmer	3400
9.	Salon	2700
10.	Fluegel	1000
11.	Teppiche, Portieren, Stores	5945
12.	Zierkissen	
12.	Waesche	3675
13.	Matratzen, Kissen, Daunendecken, Plumeaux ..	530
14.	4 Pelzmaentel, Cape, Fuchs, 3 Mufftaschen	
	2, Wollmaentel mit Pelzkragen 3 Complets	
	Wollsachen	4330
15.	2 Singer Naehmaschinen, Frigidaire, Wasch-	
	maschine, Mottenschrank, diverse Elektr.	
	Kocher und Oefen	1725
16.	Kristall Service, Beleuchtungen, diverse Tafel-	
	Kaffee-Tee Service, Bilder, Bronzen, Marmor, Elfen-	
	bein, Meissner Figuren; Bruesseler Spitzen;	
	Faecher - Bibliothek, dazu 1670 Baende	12341
17.	2 Schreibmaschinen, 1 Rechenmaschine	650
18.	Radio mit Plattenspieler & Platten	575
19.	2. Elektr. Staubsauger, 1 Bohnermaschine	
	1 Desinfect. Apparat, 1 Solux Lampe,	
	weitere elektr. Apparate	355
		<hr/>
		RM 48464

19.6.26.55

Oberfinanzdirektion Hamburg
O 5210 - M 430 - V 115 d

Abschrift für die Akte

Postanschrift:
Hamburg 11, den 9. März 1952
Rödingsmarkt 83 App. 588
Dienststelle: Wiedergutmachung
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g 36
Stevkingplatz

Betr.: Rückerstattungssache: Martha Machol
Bezug: Dort. Schreiben vom 28.12.1951 - Az.: III/Z 3660
Anlg.: - 2 -

Zu dem Antrag gemäß Bezugsschreiben wird wie folgt
Stellung genommen:

4 Lifts Umzugsgut.

Ich habe feststellen können, daß diese Lifts am 17.6.
1941 versteigert wurden. Der Gesamterlös in Höhe von
19.626,55 RM wurde an die Gestapo abgeliefert und ist von dort
vermutlich nach Berlin als letzten Wohnsitz des Antragstellers
überwiesen.

Ich bin bereit, die Schadensersatzpflicht des Deut-
schen Reichs anzuerkennen und den von den Antragstellern ge-
forderte Betrag von 48.464,-- RM in einem RM-Feststellungs-

beschluss

... in von dort

- 2 -

beschluß - Tag der Entziehung: 17.6.1941 - zu Grunde
zu legen.

Im Auftrage

gez.: Sillem

Krumm

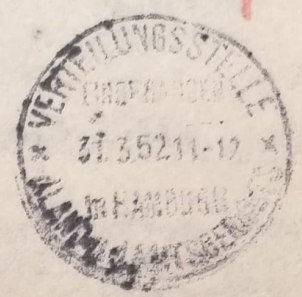
In
Rue
Mac

1)

2)

Dr. (juris) B. Mosheim

Rechtsanwalt
16, Elgin Court - Düsseldorf - Oberk.
Elgin Avenue
London W. 9
Telephone CUN. 8485
Achillesstrasse 6
Tel. 52837



Operativ-Direktion
Hamburg
2. APR. 1952

An die
Oberfinanzdirektion Hamburg
O 5210 - M 430 - V 115
London, 28.3.1952.
H a m b u r g
Rödingmarkt 83

In der ~~2809 RPA 21~~ 12 APR 1952
Rück erstattungssache
1.) der Wwe. Martha Mosheim geb. Zimm,
2.) des Kaufmanns H. Mosheim
(RA Dr. Mosheim)
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht
H a m b u r g.
Sievekingplatz 1.

1. Deutsches Reich
2. Hansestadt Hamburg
-III Z 3660 -

sind die Antragsteller bereit, das im Schriftsatz der Oberfinanzdirektion Hamburg vom 9.3.1952 erklärte Anerkenntnis eines Feststellungsbeschlusses über

RM 48.464.-

-abgestellt auf den 17.6.1941 als Tag der Entziehung-
anzunehmen.

Zwecks Vereinfachung der Rechtslage erscheint es im Interesse der Realisierung dieses RM Feststellungsbeschlusses im Hinblick auf die Entscheidung des 1. Zivilsenats des Bundesgerichtshofes vom 30.10.1951 - I ZR 117/50- (JZ 1952, S.110) geboten, die anliegende Streitverkündung vorzunehmen.

Namens der beiden von mir anwaltschaftlich vertretenen Antragsteller beantrage ich,

die Streitverkündung der Bundesrepublik Deutschland - zu Hd. des Bundesfinanzministeriums in Bonn gemäss § 74 ZPO zuzustellen.

2 Durchschriften liegen an.

gez. Dr. B. Mosheim

Dr. B. Mosheim
Rechtsanwalt.

f. 70.

Dr. (juris) B. Mosheim
Rechtsanwalt

16, Elgin Court Düsseldorf - Oberk.
Elgin Avenue Achillesstrasse 6
London W. 9 Tel. 52837
Telephone CUN. 8485

London, 28.3.52.

An d's

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht
Hamburg.



London, 28.3.1952.

Streitverkündung

In der
Rückerstattungssache

1. der verw. Ehefrau
Martha M a c h o l,
geb. Zimmt,
wohnhaft:
25, Kensington Park
Gardens London, W.11,

2. ihres Sohnes, des
Reisenden, Helmut Machol,
jetzt: Henry Machol,
wohnhaft: 21, Ladbroke Gardens,
Flat 1, Ladbroke Court,
London, W.11

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg, 1941
H a m b u r g 36.
Sievekingplatz.
Ziviljustizgebäude.

Antragsteller

vertreten durch:

Rechtsanwalt Dr. B. Mosheim

1. das Deutsche Reich,
vertreten durch die
Oberfinanzdirektion Hamburg,
2. die Hansestadt Hamburg,
vertreten durch ihren
Senator, Hamburg.

-III Z 3660 -

verkünde ich als Prozessbevollmächtigter der Antragsteller

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Herrn
Bundesfinanzminister in Bonn,
den Streit

auf Grund des nachfolgenden
Sachverhalts, da die Antrag-
steller glauben, gegen die
Streitverkündete einen An-
spruch auf Schadloshaltung
gemäß § 73 ZPO erheben zu
können.

G r ü n d e:

Der am 18.7.1945 in London
verstorbenen Kaufmann Josef Machol, früher wohnhaft Berlin,
der von den Antragstellern - ausserlich des bei den Prozess-
akten befindlichen Erbnachweises - beerbt worden ist, besass
u.a. die 4 Lifts mit den Nummern: 1941, 1942, 2104 und 2106.
Die Lifts wurden am 4.1939 im Freihafen Hamburg einge-

ndzdirektion
nburg
APR. 1952
Anlagen

London, 28.3.52.

Betr.: Streitverkündung
 RE-Sache Machol ./.
 1. Deutsches Reich, 2. Stadt Hamburg.
 -III Z 3660-

An das
 Wiedergutmachungsamt
 beim Landgericht
 Hamburg.

lagert. Die in den Lifts enthaltenen Gegenstände hatten nach der zu den Prozessakten gegebenen Einzelaufstellung einen Gesamtwert von RM 48.464.--. Insgesamt befanden sich in den Lifts 301 Einzelgegenstände.

Durch Mitteilung der Staatspolizeistelle Berlin vom 21.4.1941 (Geschäftsz. Stapo A 4 C-M 688/41) gerichtet an das Finanzamt Moabit-West in Berlin O. 2, Münzstr. 12, steht fest, dass die vorerwähnten Lifts von ihr im Zuge der antijüdischen natsoz. Verfolgungsmassnahmen gegen den dem Judentum angehörigen damaligen deutschen Staatsangehörigen Kaufmann Josef Machol erfasst worden sind.

Aus dieser Mitteilung geht weiterhin hervor, dass die Staatspolizei-Leitstelle in Hamburg mit der Versteigerung des Umzugsgutes beauftragt worden ist.

Die Staatspolizei-Leitstelle in Hamburg hat ihrerseits alsdann die Stadtverwaltung Hamburg veranlasst, bei der Versteigerung die nach Vorstehendem recht wertvollen Einrichtungsgegenstände zu einem unverhältnismässig niedrigen Preise zu erwerben, um die auf diese Weise erworbenen Gegenstände "würdigen arischen Volksgenossen" zuzuteilen.

Die Hansestadt Hamburg hat sich mit Schriftsatz vom 29.2.1952 u.a. dahin eingelassen, dass ihre frühere Sozialverwaltung im Reichsauftrag Auswanderungsgut der hier in Betracht kommenden Art übernommen habe und dies im Wege der Versteigerung durch die gleichen Auktionatoren, von denen sie diese Gegenstände erworben habe, wieder an Kriegs- oder fliegerbeschädigte Personen überwiesen habe.

Die Hansestadt Hamburg lässt sich weiterhin/ein, dass der von ihr auf diese Weise erzielte Versteigerungserlös restlos auf das Konto der Gestapo überwiesen worden sei.

Die das Deutsche Reich in diesem Rückerstattungsverfahren vertretende Oberfinanzdirektion Hamburg hat sich mit Schriftsatz vom 9.3.1952 bereit erklärt, die Schadensersatzpflicht des Deutschen Reiches anzuerkennen, damit der von den Antragstellern geforderte Betrag von

RM 48.464.--

in einem Feststellungsbeschluss -Tag der Entziehung 17.6.1941- festgelegt werden kann.

Die Antragsteller haben sich mit dem Erlass dieses Feststellungsbescheides einverstanden erklärt.

Damit dieser Feststellungsbescheid realisiert werden kann, erfolgt die hiermit geschehene Streitverkündung.

Nach der Entscheidung des I. Zivilsenates des Bundesgerichtshofs vom 30.10.1951 - I ZR 117/50- (JZ 1952, S. 110) ist das in der britischen Zone belegene Aktiv-Vermögen des Deutschen Reiches bereits im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Grundgesetzes auf die Bundesrepublik Deutschland übergegangen.

-3- Hamburg, den 26. Mai u. 27. Mai 1941

17

Betr.: Streitverkündung
 Rzache Machol ./.
 1. Deutsches Reich
 2. Stadt Hamburg
 -III 2 3660-

An das
 Wiedergutmachungsamt
 beim Landgericht
 Hamburg.

Hamburg - II B 2 - 1598/41 -

Die Antragsteller glauben, hieraus gegen die Bundesrepublik Deutschland einen Anspruch auf Schadloshaltung herleiten zu können.

Dabei weisen die Antragsteller auf folgendes hin:
 Da infolge der vom Deutschen Reich vorgenommenen Verfügung über die 4 Lifts die Gegenstände im Sinne des Art. 26, Abs. 2 BEG verloren gegangen sind, so ist an Stelle der veräußerten Gegenstände ein Schadensersatzanspruch getreten. Der Umfang des Schadensersatzes bestimmt sich nach den zu § 249 BGB entwickelten Rechtsprinzipien.
 Hiernach ist als Schadensersatz der Betrag an die Antragsteller zu erstatten, der erforderlich ist, um im heutigen Zeitpunkt den den Antragstellern zugefügten Schaden wieder zu beseitigen. Folglich haftet die Streitverkündete auf Zahlung in RM, wobei der heutige Wiederbeschaffungswert der den Antragstellern verloren gegangenen Sachen an sie zu zahlen ist.

2. Durchschriften liegen an.

1. Die zur Versteigerung gelangenden Gegenstände werden freiwillig verkauft. Gez. Dr. B. Mosheim
2. Bei der Versteigerung kommt der Vertrag erst mit dem Zuschlag zustande. Ein Gebot erbringt, wenn ein Übergebot abgegeben oder die Versteigerung durch den Zuschlag des Zuschlages geschlossen wird. Dem Zuschlag an den Meistbietenden geht ein dreimaliger Aufruf voraus.
3. Die Ablieferung der zugeschlagenen Sache an den Meistbietenden erfolgt sofort nach erteiltem Zuschlag gegen bare Zahlung.
4. Wird das Kaufgeld nicht sogleich bezahlt, so wird die betreffende Sache anderweitig versteigert; der Meistbietende wird zu einem weiteren Gebote nicht zugelassen, er haftet für den etwaigen Fall; auf den Meistbietenden hat er keinen Anspruch.
5. Der Meistbietende hat ein Rücklagegeld in Höhe von 15% des Kaufpreises zu zahlen.

Sodann wurde mit der Versteigerung verfahren wie folgt:

Hamburg, 4. Juni 1941

gez. Carl

(L.S.)

GERLACH

(Abschrift)

GERICHTSVOLLZIEHER

Hamburg, den 26. Mai u. 27 Mai 1941.

Geschäftsnummer:
56 D.R. 41/41

Auf Antrag der Geheimen Staatspolizei -Staatspolizeileitstelle-

Hamburg - Tgb.Nr. II B 2 - 1598/41 -

i./Sa. Josef Machol

ist auf heute Termin zur öffentlichen freiwilligen Versteigerung

' Marken :	}	141.- RM Urkundensteuer	'
' 100, 20, 20, 1			
	(L.S.)	in Marken entwertet.	'

in den Versteigerungsräumen des Gerichtsvollziehersamts,
Drehbahn 36, anberaumt.

Zeit und Ort der Versteigerung sind unter allgemeiner
Bezeichnung der zu versteigernden Sachen durch Veröffentlichung
im hiesigen "Hamburger Fremdenblatt", "Hamburger Anzeiger",
"Hamburger Tageblatt" öffentlich bekannt gemacht worden.

Nachdem sich eine Anzahl kauflustiger Personen einge-
funden hatte, wurde diesen eröffnet:

1. Die zur Versteigerung gelangenden Gegenstände werden frei-
willig verkauft.
2. Bei der Versteigerung kommt der Vertrag erst mit dem Zu-
schlag zustande.- Ein Gebot erlischt, wenn ein Übergebot
abgegeben oder die Versteigerung ohne Erteilung des Zu-
schlags geschlossen wird. Dem Zuschlag an den Meistbieten-
den geht ein dreimaliger Aufruf voraus.
3. Die Ablieferung der zugeschlagenen Sache an den Meistbie-
tenden erfolgt sofort nach erteiltem Zuschlage gegen bare
Zahlung.
4. Wird das Kaufgeld nicht sogleich bezahlt, so wird die be-
treffende Sache anderweitig versteigert; der Meistbietende
wird zu einem weiteren Gebote nicht zugelassen, er haftet
für den etwaigen Ausfall; auf den Mehrerlös hat er keinen
Anspruch.
5. Der Meistbietende hat ein Kavelingsgeld in Höhe von 15%
des Kaufpreises zu zahlen.

Sodann wurde mit der Versteigerung verfahren wie folgt:

H a m b u r g , 4. Juni 1941

gez. Gerlach

(L.S.)

(Abschrift)

17. Juni

1

Gerlach

234

An die

24256.

Geheime Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle,

H a m b u r g .

=====

=== Lgb. D. Nr. 24

Betr.: Verst.-Abrechnung über 2 Liftvans in Sachen Umzugsgut
Josef Israel Machol (Tgb.Nr. II B 2 - 1598/41).

Die Versteigerung der Liftvans "Silberstein & Co."
hat einen Nettoerlös von 115.15 RM. erbracht. Dieser Betrag
wird Ihnen auf das Konto "Staatspolizeileitstelle, Hamburg",
bei der Deutschen Bank, Filiale Hamburg, überwiesen.
Die Versteigerung hat durch den Auktionator K a h l stattge-
funden.

gez.: Gerlach

K.B.II Nr.44

Gerichtsvollzieher

/Rechnung des Auktionators Kahl befindet sich in Sa.Warburg (Lb.D.21)/

zu 1) u. 2) als Erben nach dem am 18.7.1945 zu Tode

Antragsteller,

F(29)

1/17. Aug. 54 pag 12 16/12.54 6. MRZ. 1954

Landgericht Hamburg,
2. Wiedergutmachungskammer.

6. MRZ. 1954

2 WiK 417/1952
III/Z 3660

Oberfinanzdirektion Hamburg
144
Bew.: - 5. MRZ. 1954
Sachg.: 804

Beschluss.

In der Rückerstattungssache

- 1) Frau Martha Machol, geb. Zimmt,
London W.11, 25 Kensington Park Gardens,
- 2) Helmut jetzt Henry Machol,
London W.11, 21 Ladbroke Gardens, Flat,
1, Ladbroke Court,
als Erben nach dem am 18. Juli 1945 zu London
verstorbenen Josef Machol,

Antragsteller,

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. B. Mosheim,
Düsseldorf-Oberkassel, Achillesstraße 6,

28.7.35.30 gegen

- 1) das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Freie und
Hansestadt Hamburg, -Finanzbehörde-, diese
vertreten durch die Oberfinanzdirektion,
Hamburg, Magdalenenstraße 64,

- O 5205 - M 430 - V 115 d -,

- 2)

Antragsgegner,

und
die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Herrn Bundesfinanz-
minister in Bonn,

Streitverkündete,

hat das Landgericht Hamburg, 2. Wiedergutmachungs-
kammer, auf Grund mündlicher Verhandlung, durch
folgende Richter:

1.

1) Vermutlich:

Der Bankausfallgehalt

Betrag 28.205.15 (43)

+ 461. - (42)

+ 69.45 (42)

28.7.35.30

M. Aufstellung d. Bankausfall-
gehalts (5) 48.464.-

Dieser Betrag hat die
WiK zugesprochen.
Keine Beanstandungen.

2) Herrn Kuhlmann
g. Kd.

1/17. Aug. 54
2/3. 12. 54
16/12. 54
16/12. 54

673

1. Landgerichtsdirektor Dr. Roscher,
 2. Gerichtsassessor Fürstenau,
 3. beauftragter Richter Faull
- am 13. Februar 1954 beschlossen:

*Bezugnehmend auf Z. 1. d. B. 12.
Berlin DM 9.435, 12.
(19.4.54) H. H. H. H.*

- I. Es wird festgestellt, daß der Antragsgegner zu 1) verpflichtet ist, den Antragstellern den Verlust des Umzugsgutes im Werte von 48.464.- RM zu ersetzen. Zeitpunkt der Entziehung ist der 17. Juni 1941.
- II. Der Beschluß ergeht gerichtskostenfrei, außergerichtliche Auslagen werden nicht erstattet.

G r ü n d e .

Die Antragsteller sind die Erben des am 18. Juli 1945 in London verstorbenen jüdischen Fabrikanten Josef Machol (Erbschein des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg vom 11. Oktober 1950 - 7.VO 2086/50). - Der Erblasser wanderte auf Grund der Verfolgungsmaßnahmen des Dritten Reiches aus Deutschland aus. Sein Umzugsgut, bestehend aus 4 Lifts ließ er von Berlin, seinem damaligen Wohnsitz, zum Versand nach Übersee in den Freihafen Hamburg bringen, wo es am 24. April 1939 eingelagert wurde. Nach der vom Erblasser eingereichten Aufstellung handelt es sich um 301 einzelne Positionen. Durch Mitteilung der Staatspolizei-Leitstelle Berlin vom 21. April 1941 an das Finanzamt Berlin-Moabit-West wurden die Lifts erfasst, und die Staatspolizei-Leitstelle Hamburg mit der Versteigerung des Umzugsgutes beauftragt. Die Lifts wurden am 17. Juli 1941 zu einem Nettoerlös von 19.626.55 RM versteigert, * der Erlös wurde vom Deutschen Reich eingezogen.

Die Antragsteller als Erben des verstorbenen Josef

Josef Machol haben Rückerstattungsansprüche nach dem Gesetz Nr. 59 der britischen Militärregierung rechtzeitig angemeldet. Sie haben eine Aufstellung überreicht, die mit einem Gesamtwerte von 48.464.-RM abschliesst.

Die Oberfinanzdirektion als Vertreter des Antragsgegners hat eine Schadensersatzforderung in dieser Höhe anerkannt.

Die Antragsteller haben mit Schriftsatz vom 28. März 1952 der Bundesrepublik in Deutschland den Streit verkündet mit der Begründung, daß die Bundesrepublik die Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches geworden sei. Der Bundesfinanzminister ~~des Deutschen Reiches~~ hat bisher zu der Streitverkündung keine Stellung genommen.

Nachdem das Wiedergutmachungsamt Hamburg mit Beschluß vom 21. Juli 1952 die Sache gemäß Art. 55 REG an die Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Hamburg verwiesen hat, haben die Antragsteller einen Vergleich vorgeschlagen, der bezüglich des Schadens auf Leistung in DM lautete. Ein solcher Vergleich ist vom Antragsgegner abgelehnt. Mit Schriftsatz vom 6. Januar 1954 haben die Antragsteller sich damit einverstanden erklärt, daß entsprechend dem Anerkenntnis der Oberfinanzdirektion eine Feststellungsanordnung ergeht. Gleichzeitig haben sie erklärt, daß das Verfahren gegen die Hansestadt Hamburg nicht weiter verfolgt werde.

Vor der Kammer ist mündlich verhandelt. Die Sach- und Rechtslage wurde ausgiebig erörtert.

Der Rückerstattungsanspruch ist mit dem aus der Beschlußformel ersichtlichen Inhalt begründet.

Zwischen den Parteien ist unstreitig, daß es sich bei der Beschlagnahme und Versteigerung des Umzugsgutes um eine unberechtigte Entziehung im Sinne der Art. 1 und 2 REG handelt und daß der Verlust auf rassistischer Verfolgung und

(65)

und Mißbrauch der Staatsgewalt beruht. Die Rückerstat-
 tung wäre daher anzurufen, wenn die Sachen noch vorhan-
 den wären. Da die Versteigerung schuldhaft herbeigeführt
 ist, tritt an die Stelle der Rückerstattung in Natur
 die Schadensersatzverpflichtung des Antragsgegners ge-
 mäß Art. 26^{II} REG.

Die Höhe des Schadensersatzes richtet sich nach
 ständiger Rechtsprechung nach dem Wert der entzogenen
 Sachen im Zeitpunkt der Entziehung, nicht nach Anschaf-
 fungs- oder Wiederbeschaffungswerten. Das Gericht hatte da-
 her nach freiem Ermessen gemäß § 287 ZPO die Höhe des
 Schadens zu ermitteln. - Da die Sachen einem Sachverständi-
 gen zur Schätzung nicht mehr vorgelegt werden können,
 ist das Gericht auf andere Hilfsmittel angewiesen. Durch
 Befragung von Sachverständigen hat die Kammer ermittelt,
 daß die Versteigerung jüdischen Umzugsgutes weit unter
 dem wirklichen Wert der Sachen erfolgte und daß als Min-
 destwert der 1 1/2fache Betrag und bei nachweislich beson-
 ders luxuriösen Hausständen der Wert des 2 1/2fachen Ver-
 steigerungserlöses dem wirklichen Wert der Sachen ent-
 sprach. Das Gericht hat daher auch keine Bedenken, dem
 Antrage der Antragsteller und der Zustimmung der Oberfi-
 nanzdirektion zu folgen und die Schadensersatzpflicht
 des Antragsgegners in Höhe von 48.464.-RM festzustellen.

Demgemäß war zu erkennen.

Die Kammer war jedoch nur in der Lage, die Scha-
 densersatzpflicht des Antragsgegners in Reichsmark fest-
 zustellen, da gemäß § 14 U.G. die Umstellung der gegen
 das Deutsche Reich gerichteten Reichsmarkforderungen einer
 späteren gesetzlichen Regelung vorbehalten ist.

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 63 in
 Verbindung mit § 7 der 2. Ausf. VO. zum REG.

(Unterzeichnet.)

Fürstenau.

Für richtige Ausfertigung:

Faull.

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Dieser Beschluß ist rechtskräftig.
 Hamburg, den 19. Oktober 1954.
 Die Geschäftsstelle
Faull
 Justizinspektor.

